

Meissner, Werner

Article — Digitized Version

Gesellschaftliche Rationalität und Profitmotiv: Das Ziel der Investitionslenkung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Meissner, Werner (1974) : Gesellschaftliche Rationalität und Profitmotiv: Das Ziel der Investitionslenkung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 3, pp. 127-136

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/134655>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Gesellschaftliche Rationalität und Profitmotiv

Das Ziel der Investitionslenkung

Werner Meißner, Frankfurt

In der Juni- und Oktoberausgabe letzten Jahres brachte der WIRTSCHAFTSDIENST Beiträge von Prof. Karl Georg Zinn, Prof. Hubertus Adebahr und Sonning Augstin, Ulrich Steger sowie Dr. Manfred Krüper zur Frage der Investitionskontrollen und Investitionsplanung. Der folgende Artikel setzt die Diskussion über die Investitionslenkung fort.

Die Diskussion um die öffentliche Beeinflussung privater Investitionen wird heute vornehmlich unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten geführt. Tatsächlich werden investitionslenkende Eingriffe, d. h. die Beeinflussung und Modifizierung der Verfügungsrechte aufgrund von Privateigentum an den Produktionsmitteln, Auswirkungen auf die Wirtschaftsordnung haben. Häufig wird von Gegnern der Investitionslenkung ein Zustand des privatwirtschaftlich-marktorientierten Allokationsmechanismus gekennzeichnet, der Investitionslenkung als einen verderblichen Schritt fort von einer guten Gegenwart in eine verplante Zukunft erscheinen läßt. Daher mag es angebracht sein, von der Kennzeichnung der privaten Investitionstätigkeit auszugehen, die ein überzeugter Vertreter des privatwirtschaftlichen Systems ohne Umschweife und ideologische Verzerrungen geliefert hat:

„ . . . Wir wollen uns . . . erinnern, daß die Unternehmung nur um des Gelderwerbs willen gegründet wurde. Was sie auch tut — es zielt auf Geldertrag. Sie kauft beispielsweise Rohstoffe und Arbeit unter Aufwendung von Geld — warum? Technisch gesehen, um ein Fabrikat daraus zu formen. Aber wirtschaftlich? Um es an den Markt zu bringen und mehr Geld dafür einzulösen. Das Fabrikat interessiert sie wirtschaftlich gar nicht, erst wenn das Geld glücklich gemacht ist, ist für sie der Prozeß zu Ende. Dann mag eine neue Transaktion beginnen, die das gleiche Ziel hat.“¹⁾

Klarer hat auch Karl Marx die Zielsetzung privatwirtschaftlicher Tätigkeit nicht ausdrücken können. Das Diktum von Rieger liest sich wie eine Erläuterung der Marxschen Formel Geld — Ware — Mehrgeld. Die Berechnung, die privatwirtschaftlichen Investitionen zugrunde liegt, ist also eine

Geldrechnung, bei der Ein- und Auszahlungsströme gegenübergestellt werden. Marktpreise geben die Bewertungsgrundlage ab. Die Produktion zur Bedürfnisdeckung ist ein Nebenergebnis bei der Erwirtschaftung eines Geldeinkommens, eines Profits. Nicht die Produktion von Gebrauchswerten, sondern die Produktion von Tauschwerten ist das Ziel, an dem die Investitionshöhe und -richtung sich orientiert.

Konkurrenz um Ressourcen

Öffentliche Investitionen dagegen sind nach allgemeiner Auffassung am Bedarfsdeckungsprinzip ausgerichtet. Dabei handelt es sich um die Schaffung der Voraussetzung für die Produktion von Gütern und Diensten, die der Markt, d. h. die private Produktion, gar nicht oder nicht hinreichend bereitstellt. Dabei ergeben sich zwei zentrale Probleme.

□ Erstens besteht Konkurrenz um die Ressourcen, die in einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehen. Diese Aufteilung ist dann besonders wichtig, wenn die vom privaten, profitorientierten Sektor reklamierten Investitionsmittel den dort anvisierten „Nebenzweck“ der Bedürfnisbefriedigung nur unvollkommen erfüllen oder gar Be-

¹⁾ W. Rieger: Einführung in die Privatwirtschaftslehre, Nürnberg 1928, S. 214.

Prof. Dr. Werner Meißner, 36, ist Direktor des Seminars für Volkswirtschaftslehre an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt a. M.

dürfnisse schaffen, die durch öffentliche Investitionen abgedeckt werden müssen. Beispiele dafür bilden Konsumgüterkomplexe wie Autoverkehr (Auto-Straße) und solche Fälle, bei denen die negativen externen Effekte der privaten Produktion das Bedürfnis zu ihrer Neutralisierung schaffen (Umwelt). Die Aufteilung der Ressourcen in private und öffentliche Investitionen hängt aber nicht in erster Linie von den vorhandenen Bedürfniskomplexen ab, sondern vom Grad der „Vergesellschaftung“ einer Wirtschaft. Der hohe Anteil der privaten Investitionen wird dabei mit dem Argument gestützt, daß ihre Rechenhaftigkeit höher und ihre Effizienz somit größer sei: Der Markt und sein Preismechanismus garantieren die beste Allokation. Dieses Argument kann zwar nicht überzeugen. Dennoch bleibt das Problem, die öffentlichen Investitionen – bei fehlenden Marktpreisen – zu bewerten.

□ Zweitens werden die mittels öffentlicher Investition und Produktion angebotenen Leistungen nicht auf dem Markt gehandelt. Steuern können nach herrschender Meinung nicht als Entgelt für solche kollektiven Leistungen angesehen werden. Das Hauptproblem der staatlichen Investitionsplanung ist mithin die Ermittlung, wie stark eine geplante Investition zur Bedarfsdeckung und zur Verbesserung des Versorgungsniveaus beiträgt²⁾. Das für dieses Problem entwickelte Instrument der Cost-Benefit-Analyse versucht, Preise dort zu fingieren, wo kein Markt vorhanden ist.

Ergeben sich Anhaltspunkte dafür, daß die Produktionsstruktur einer Volkswirtschaft erheblich von der Bedürfnislage der Bevölkerung abweicht, so muß bei gegebener Aufteilung zwischen privaten und öffentlichen Investitionen versucht werden, die am Profitmotiv ausgerichteten Privatinvestitionen so zu lenken, daß sie in höherem Maße zur Bedarfsbefriedigung beitragen. Es geht m. a. W. darum, eine Produktionsstruktur, die zum größten Teil am Profitmotiv orientiert ist, mit gesellschaftlichen Kriterien zu bewerten und entsprechend zu beeinflussen.

Folgecharakter öffentlicher Investitionen

Das grundlegende Entscheidungskriterium für das private Unternehmen ist und muß die Rentabilität – letztlich die Gewinnmaximierung – für die eigene Einheit sein. Im Idealfall kann dieses Kriterium auch gesamtgesellschaftlich richtig sein. Dann nämlich, wenn in die private Kostenrechnung alle Kosten eingehen, die durch eine (Investitions-) Entscheidung auch außerhalb des Unternehmens anfallen: Wenn also die externen Effekte internalisiert werden.

In der Regel bezieht sich aber eine private Investitionsentscheidung nur auf das Kapital, das in

der betreffenden Unternehmung angesammelt wurde. Außer Betracht bleibt die Bildung und rationelle Anwendung des gesellschaftlichen Kapitals in Form von Verkehrswegen, Schulen, Krankenhäusern, öffentlichen Kommunikationsmitteln etc.³⁾. Dieser Gegensatz ist in einer Wirtschaftsordnung schwer zu überbrücken, in der die Entscheidung über Kapitalbildung innerhalb der privaten Produktionseinheiten im Prinzip von der Entscheidung über die Verwendung des öffentlichen Kapitals getrennt ist.

Dabei ist klar, daß die öffentlichen Investitionen (Infrastruktur) zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im Vergleich zu den privaten unternehmerischen Investitionen ein steigendes Gewicht bekommen. Die zunehmende quantitative Bedeutung öffentlicher Investitionen braucht aber ihren „Folgecharakter“ nicht zu verändern. Ihre Richtung und ihre lokale Placierung kann in hohem Maße von der Art der privaten Investitionen bestimmt sein, die mithin einen investitionslenkenden Einfluß auf die Gestaltung der Infrastruktur beibehalten können. Die Wahrscheinlichkeit dafür ist um so größer, je konzentrierter die privaten Investitionsentscheidungen sind⁴⁾.

Libérale Doktrin

Diese lenkende Beeinflussung der öffentlichen Investitionen durch private (konzentrierte) Investitionsentscheidungen findet ihre theoretische Rechtfertigung in der Vorstellung, daß der Marktmechanismus eine optimale Ressourcenallokation garantiere, die öffentlichen Investitionen somit indirekt diesem Optimalitätskriterium unterworfen würden. Nach der liberalen Doktrin stellt der Marktpreismechanismus dieses Ergebnis in vier Gleichgewichtsphasen her⁵⁾:

- (1) Allokation einer gegebenen Konsumgütermenge,
- (2) Allokation der Produktion bei einer gegebenen Kapitalausrüstung, Land und Arbeitspotential,
- (3) Allokation der Investitionen,
- (4) gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage nach Maßgabe des Say-schen Gesetzes.

²⁾ J. Stohler: Zur rationalen Planung der Infrastruktur. In: Konjunkturpolitik, 11 (1965), S. 296; R. Frey: Infrastruktur, 2. Auflage, Tübingen 1971.

³⁾ Bekanntlich ist es schwierig, den „Kapitalstock“ zu messen. Das Bruttoanlagevermögen des Staats beläuft sich auf knapp 40% des Bruttoanlagevermögens der gewerblichen Bereiche (beides in den Preisen von 1962). Vgl. Statistisches Jahrbuch für die BRD, 1973, S. 532.

⁴⁾ In der BRD entfiel 1968 auf nur 1091 Großbetriebe des produzierenden Gewerbes mit 1000 und mehr Beschäftigten eine Bruttoanlageinvestition von 13,137 Mrd. DM, das sind etwa 52% der gesamten Bruttoanlageinvestition des produzierenden Gewerbes. Vgl. K. G. Zinn: Investitionskontrollen und -planung. In: WIRTSCHAFTSDIENST, 53. Jg. (1973), H. 6, S. 305 f.

⁵⁾ Vgl. P. R. Rosenstein-Rodan: Programming In Theory and in Italian Practice. In: Investment Criteria and Economic Growth, MIT-Press 1961.

Zutreffend ist, daß der Preismechanismus unter Markt Voraussetzungen in der ersten Phase, bei der Verteilung einer gegebenen Kosumgütermenge, effizient ist. Er ist ausreichend effizient noch in der zweiten Phase, wenn ein Kosumgüterangebot mit bestehendem Produktionsapparat erst erzeugt werden muß. In der dritten Phase hingegen ist die Leistungsfähigkeit des Preismechanismus überfordert. Die Addition individueller Investitionsentscheidungen kann zu einer nicht-optimalen Allokation führen, und zwar aus folgenden Gründen:

Der Investor maximiert das private und nicht das soziale Nettomarginalprodukt. Diese von Pigou in die Wohlfahrtsökonomik eingeführte Unterscheidung braucht hier nicht näher inhaltlich aufgeführt zu werden.

Die Lebensdauer der investierten Produktionsmittel erstreckt sich über mehrere Jahre. Der Preis als ex-post-Indikator mag als Orientierungsmaß für den Käufer und Verkäufer (Phase 1) oder den Hersteller (Phase 2) ausreichen, für den Investor (Phase 3) trifft das aber nicht zu. Das Risiko einer individuellen Investitionsentscheidung ist größer als bei einem abgestimmten umfassenden Investitionsprogramm. Die Kosten einer Fehlinvestition sind groß. Sie werden nicht nur vom privaten Investor getragen, sondern auch von der gesamten Volkswirtschaft. Unabhängig davon, ob der private Investor vor direkten Verlusten geschützt wird (Sozialisierung der Verluste), stellt eine Fehl lenkung von knappen Ressourcen stets einen Verlust für die Gesellschaft dar.

Bei Investitionsentscheidungen spielt die Unteilbarkeit der Kapitalgüter eine große Rolle. Der Preismechanismus funktioniert aber nur unter der Voraussetzung sehr kleiner Änderungen.

Die Investitionstheorie ist denn auch die schwächste Stelle in der liberalen Theorie. Dies wird noch deutlicher, wenn man die Gleichgewichtsphase 4 mit einbezieht. Niemand wird ernstlich behaupten, daß sich heute das Gleichgewicht zwischen Gesamtangebot und -nachfrage im Rahmen einer vollkommenen Marktwirtschaft abspielt. Gilt dieser Gleichgewichtsmechanismus nicht mehr, so sind auch die Preise nicht mehr der einzig verläßliche Indikator für zukunftsgerichtete Entscheidungen mit längerer Wirkungsdauer als Konsum- und Produktionsentscheidungen.

Heute ist unbestritten, daß zur Abstimmung zwischen Gesamtangebot und -nachfrage lenkende Eingriffe notwendig sind, zumal wenn diese Abstimmung im Zustand der Vollbeschäftigung stattfinden soll. Die Zusammensetzung der Gesamtnachfrage mit ihren beiden Hauptaggregaten Konsum und Investition wird dann interessant, wenn die längerfristigen Auswirkungen eines derartigen Gleichgewichts berücksichtigt werden sollen: nämlich das Wirtschaftswachstum.

Überlegungen über die Aufteilung der Gesamtnachfrage unter Wachstumsgesichtspunkten sind in hohem Maße vom Wirtschaftssystem unabhängig⁶⁾. Auch unter Wachstumsaspekten, aber noch stärker bei Berücksichtigung der optimalen Befriedigung der Bedürfnisstruktur, wird jetzt die Zusammensetzung, die Richtung der Investitionen selbst, zunehmend wichtig. Hier tritt also die Frage auf, wie stark der Staat (unter Wachstums- und Bedürfnisaspekt) lenkend auf Höhe und Richtung der Investitionen Einfluß nehmen muß. Welches Ausmaß soll eine derartige Programmierung annehmen?

Die liberale Theorie möchte diesen Eingriff weitgehend begrenzen: auf den öffentlichen Sektor, auf die Modifikation des Datenkranzes, allenfalls auf einen fallweisen Interventionismus. Zugegeben wird, daß der Preismechanismus wegen seines ex-post-Charakters zukunftsgerichtete Investitionsentscheidungen nur unvollkommen lenken kann. Das sich damit ergebende Investitionsrisiko wird zur Grundlage eines neuen Arguments für die dezentralisierten privaten Investitionsentscheidungen gemacht. Dezentralisation führe zur Risikominderung durch Risikostreuung: „All the eggs should not be in the same basket“⁷⁾.

Problem der Fehlentscheidungen

Die Gefahr der Fehlentscheidung durch eine einzige Entscheidungszentrale mit dann weitreichend negativen Folgen ist nicht von der Hand zu weisen. Die Argumentation übersieht aber, daß sich auch individuelle Entscheidungen in falscher Richtung kumulieren können. Der Marktmechanismus hätte in den sechziger Jahren die Energieversorgung der BRD wohl ganz von der Kohlebasis be-

⁶⁾ Vgl. M. Kalecki: Theory of Growth in a Socialistic Economy, New York 1969.

⁷⁾ D. H. Robertson: The Economic Outlook. In: Utility and All That, London 1952, S. 50.



VEREINSBANK IN HAMBURG

Zentrale: 2 Hamburg 11 · Alter Wall 20-32 · Telefon 36 92-1

ÜBER 60 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN HAMBURG, CUXHAVEN, HANNOVER UND KIEL

freit, eine Entscheidung, die die heutige Energie-situation nicht gerade verbessert hätte. Außerdem stimmt das Argument für die Risikofreudigkeit privater Investitionsentscheidungen kaum mit der wirtschaftlichen Praxis überein, wonach gerade bei besonders risikobehafteten Privatinvestitionen (vor allem in sogenannten Wachstumsindustrien) nach staatlicher Absicherung verlangt wird (Sozialisierung des Risikos).

Der vermeintlichen Problemlöslichkeit bei der Entscheidung über private Investitionen, die im Marktpreisgefüge fest verankert sind und von daher ihre Rechenhaftigkeit erfahren, wird gerne die Schwierigkeit bei der Bestimmung öffentlicher Investitionen gegenübergestellt. Gewiß ist hier der umfangreiche nutzentheoretische Apparat der mikroökonomischen Theorie nicht sinnvoll anwendbar; die Frage ist nur, inwieweit er überhaupt die Basis für private Investitionsentscheidungen sein kann. Die ideologische Absicherung und das Vertrauen, das die Marginalnutzenanalyse der liberalen Theorie gewährt, wird von dieser in eine massive Mißtrauenserklärung an die Wirtschaftlichkeitsrechnung für öffentliche Investitionen umgemünzt.

Bewertung öffentlicher Investitionen

Die umfangreiche Literatur über die Kosten-Nutzen-Analyse lehrt, daß es tatsächlich nicht einfach ist, Verrechnungspreise zur Bewertung von Kosten und Ertrag zu finden. Immerhin läßt sich mit dem Verfahren der „Schattenpreisbildung“ die Ressourcenlage zuweilen besser kennzeichnen als mit Marktpreisen, etwa wenn in Regionen mit Arbeitslosigkeit das für eine Investition benötigte Arbeitspotential mit einem geringeren Preis angesetzt wird, als der Marktlohnsatz anzeigt. Hier zeigt sich einmal mehr der Unterschied zwischen einzelwirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Bewertung und Zielsetzung.

Gerade in jüngster Zeit haben sich die Zweifel verstärkt, ob ein marktpreisbewertetes Aggregat wie das Bruttosozialprodukt ein zuverlässiger Indikator für die gesellschaftliche Wohlfahrt sein kann⁸⁾. Vorschläge für besseren Bewertung der Wohlfahrtseffekte reichen heute schon über das Kosten-Nutzen-Instrument hinaus. Wird bei der Kosten-Nutzen-Analyse noch versucht, wenn schon nicht in Marktpreisen, so doch zumindest in Verrechnungspreisen, d. h. Geldgrößen, zu bewerten, so begnügen sich die sogenannten „Sozialen Indikatoren“ mit der reinen Quantifizierung, welche Dimension die Indikatoren auch immer haben mögen und wie immer es dann mit deren Vergleichbarkeit bestellt sein mag. Der Ökonom, der

berufsmäßig damit befaßt ist, „Äpfel und Birnen vergleichbar“ zu machen, wird diese Bemühungen mit Interesse verfolgen.

Die Bewertung öffentlicher Investitionen nach den gesellschaftlichen Kriterien der Bedarfsdeckung und Wohlstandsmehrung ist also schwierig, wenn auch nicht so problematisch, wie die liberale Theorie mit dem Hinweis auf die marktpreisorientierte Rechenhaftigkeit privater profitausgerichteter Investitionen behauptet. Schwierig ist aber auch wegen der mangelnden Lenkungsleistung des Marktes auf dem Investitionssektor die Erstellung eines umfassenden Investitionsplanes. Dieser Plan muß zunächst die öffentlichen Investitionen umfassen. Dann aber – wegen ihres weitgehenden Komplementärcharakters – auch die hauptsächlichsten Strukturkomponenten des privaten Investitionsvolumens, das dann plangemäß indirekt oder direkt zu beeinflussen ist. Solche Investitionsplanung trifft auf folgende Probleme⁹⁾:

Probleme der Investitionsplanung

Theoretisch ist es unmöglich, einen allseits akzeptierten Plan aufzustellen. Die ökonomische Wohlfahrtstheorie zeigt, daß eine soziale Wohlfahrtsfunktion unter plausiblen Annahmen für einen demokratischen Willensbildungsprozeß nicht herzuleiten ist (Arrow-Paradoxon). Dies ist nur in Fällen hoher Präferenzhomogenität oder im Falle „auferlegter Präferenzen“ möglich. Die praktische Konsequenz dieses Theorems mag dahingestellt bleiben. Bei demokratischen Abstimmungen wird es Minderheiten geben, die dann geschützt werden müssen. Dieses Problem tritt nicht nur bei einer Investitionsplanung auf.

Die Planung kann irrig sein, weil nicht das richtige Entscheidungsinstrument angewendet wurde. Das Postulat der Bedarfsdeckung und Wohlstandsmehrung mag unumstritten sein. Dann ist die Frage der Bewertungskriterien verschiedener Alternativen vorrangig: Wie weit können Marktpreise gelten, welche Rolle spielen Schattenpreise, zählen nur die Kosten des investierten Kapitals oder müssen „Faktorenbündel“ bewertet werden?

Die Planung kann unvollkommen sein. Dieser Mangel beruht nicht auf prinzipiellen Schwierigkeiten wie beim Arrow-Paradoxon, sondern darauf, daß gewisse Effekte der Investitionen nicht meßbar sind. Die Schönheit von Kulturbauten, die restauriert und erhalten werden sollen, die Natürlichkeit einer Landschaft, die vor Infrastrukturinvestitionen geschützt werden sollte, die soziale Funktionsfähigkeit eines städtischen „Sanierungs-

⁸⁾ Vgl. W. Meißner, N. Harting: Gesellschaftliche Qualität des ökonomischen Wachstums. In: Vorgänge, 12. Jg. (1973), H. 4, S. 75-88.

⁹⁾ Vgl. auch J. Tinbergen: The Relevance of Theoretical Criteria in the Selection of Investment Plans. In: Investment Criteria and Economic Growth, MIT-Press 1961, S. 7.

gebietes“ sind Beispiele für nicht-meßbare Effekte, die gewichtiger sein können als quantifizierte monetäre Investitionskalküle.

□ Die Planung kann fehlerhaft sein, weil nicht alle Folgeeffekte meßbar sind oder gemessen werden. Hier ist am ehesten ein theoretischer Fortschritt zu erwarten. Beispielsweise kann der Folgeeffekt einer Investition für andere Branchen mit Hilfe von Leontief-Koeffizienten bestimmt werden. Gleichfalls ist es nicht prinzipiell unmöglich, die externen Effekte von Investitionen möglichst vollständig zu erfassen. Ein weiterer wichtiger Folgeeffekt von großen Investitionen ist die Veränderung der relativen Preise. Zur Antizipation einer derartigen Preisstrukturänderung sind Kenntnisse über Nachfrageelastizitäten und Kreuzelastizitäten notwendig.

Bestandsaufnahme der Alternativen

Grundlage einer derartigen Planung muß eine langfristige Projektion sein, die sich auf die technisch-wissenschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten sowie auf ihre gesellschaftlichen Auswirkungen stützt (technology-assessment). „Die Bedarfsentwicklung der Gesellschaft ist in ‚Komplementärgüterkomplexen‘ zu sehen, d. h. private Konsum- und Investitionsströme stehen in ... Beziehung zu öffentlichen Investitionen und Diensten. ... Die Verwendung des begrenzten Faktorbestandes für die Produktion solcher Komplementärgüterkomplexe ... setzt einen gesamtwirtschaftlichen Überblick über die prinzipiellen Verwendungsmöglichkeiten der Produktionsressourcen voraus“¹⁰⁾.

Diese Bestandsaufnahme alternativer Entwicklungsmöglichkeiten ist die Grundlage für die Entscheidung einer gewissen Entwicklungsrichtung, die dann Richtschnur für die Placierung öffentlicher und die Lenkung privater Investitionen sein muß. Zielsetzung kann sein

□ die Forcierung einer produktivitätsorientierten Wachstumspolitik. Diese bisher weithin akzeptierte Betonung des Wachstumsaspekts stellte in einer stark exportabhängigen Volkswirtschaft wie in der BRD vornehmlich auf weltmarktgerichtete Produktion (Automobile) und auf die Förderung sogenannter Wachstumsindustrien ab. Regionale Investitionslenkung hatte stets auch den Produktivitäts- und Wachstumsaspekt im Auge. Eine wachstumsorientierte Investitionslenkung steht vor dem Problem, in einer Prognose jene Sektoren zu bestimmen, die ein besonders starkes Wachstum versprechen;

□ die Herausbildung einer Produktionsstruktur, die eine bestmögliche Bedürfnisbefriedigung ge-

¹⁰⁾ K. G. Zinn: Investitionskontrollen und -planung, a. a. O., S. 303.

währleistet. War das oben genannte Problem ein prognostisches, so handelt es sich hierbei eher um ein analytisches: Die Feststellung einer Bedarfsrangskala, die Maßstab für die investive Verwendung der produktiven Ressourcen sein soll.

Ungefährdete Konsumfreiheit

Kritiker werden argwöhnen, daß damit die Konsumfreiheit gefährdet würde. Davon kann keine Rede sein. Die Planung in makroökonomischen Proportionen, eine nach Bedarfsgruppen detaillierte „Regierungserklärung in Zahlen“ – wie z. B. die mittelfristige Finanzplanung genannt worden ist – schränkt die konsumtive Verwendung der Haushaltseinkommen nicht ein, zumindest nicht stärker, als es heute in einer Situation der Fall ist, die den liberalen Theoretikern die Konsumfreiheit einzig zu garantieren vermag. Auch heute kann der Konsument nur unter den Gütern wählen, die angeboten werden. Das klingt verständlich, weist aber auf die Tatsache hin, daß die Beeinflussungsmöglichkeit der Konsumenten hinsichtlich der Änderung des angebotenen Sortiments sehr begrenzt ist. Bedarfslenkung erfolgt in viel höherem Maße durch den Hersteller. Die Tatsache, daß die Verfechter dieses Prinzips, das Konsumfreiheit einzig garantieren könne, immer wieder die gleichen wenigen Beispiele dafür anführen¹¹⁾, daß Bedarfslenkung durch den Hersteller auch einmal scheitern kann, beweist doch nur, wie reibungslos sie gewöhnlich funktioniert.

Investitionslenkung, die sich an einer im demokratisch-parlamentarischen Verfahren aufgestellten Bedarfsrangskala ausrichtet, schränkt nicht die Konsumfreiheit ein. „Die damit verbundenen Verluste an Entscheidungsspielräumen betreffen nur die Freiheit der Kapitalverwertung“¹²⁾.

Notwendige Investitionsabstimmung

Das gesamte volkswirtschaftliche Investitionsvolumen wird also je nach Investitionsträger grundsätzlich aufgrund zweier Prinzipien gelenkt – des Rentabilitäts- oder Profitmotivs und des Bedarfsdeckungsprinzips –, die nicht unbedingt komplementär zu sein brauchen. Das quantitative Verhältnis zwischen privaten und öffentlichen Investitionen und ihre gegenseitige Abhängigkeit macht eine Abstimmung zwischen privaten und öffentlichen Investitionsträgern unumgänglich¹³⁾. Eine solche Abstimmung kann zuweilen für ein einzelnes Unternehmen beschwerlich sein, während sie für den gesamten privatkapitalistischen Teil der Wirtschaft vorteilhaft sein kann. So ist eine straffe

¹¹⁾ Das Automobilmodell Ford Edsel und die Schuhe aus dem federähnlichen Werkstoff Corfram.

¹²⁾ K. G. Zinn: Investitionskontrollen und -planung, a. a. O., S. 307.

¹³⁾ Vgl. hierzu eine ausführliche Darlegung in der schwedischen Studie: Företag och Samhälle, SOU 1970: 41, Stockholm 1970.

VERÖFFENTLICHUNGEN

DES INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSPOLITIK AN DER UNIVERSITÄT ZU KÖLN

Untersuchungen:

Bd. 25: Rolf Hasse

Theorie und Politik des Embargos. Köln
1973, 560 S. brosch. DM 24.—

Bd. 26: Alexander Domsch

Harmonisierung der sozialen Sicherungen
in der EWG. Köln 1973, 220 S. brosch.
DM 13.—

Bd. 27: Bernhard Laetsch

Die Dewisenbewirtschaftung Frankreichs
seit 1968. Köln 1973, 175 S. brosch.
DM 12.—

Bd. 28: Peter Urban

Zur wissenschaftstheoretischen Problematik zeit-
raumüberwindender Prognosen. Köln 1973, 243 S.
brosch. DM 13.—

Bd. 24: Manfred Kern

Konzertierte Aktion als Versuch einer Verhaltens-
abstimmung zwischen Regierung und Wirtschafts-
verbänden. Köln 1973, 200 S. brosch. DM 12.—

Bd. 23: Volker Merx

Arbeitsmarktflexibilität und Ausländerbeschäfti-
gung in der Bundesrepublik Deutschland. Köln
1972, 320 S. brosch. DM 19.—

Bd. 22: Hans A. Esser

Macht oder ökonomisches Gesetz. Köln 1971,
352 S. brosch. DM 17.—

Bd. 21: Burghard Brock

Vermögensbildung — Zuteilung oder Konsum-
verzicht? Köln 1971, 236 S. brosch. DM 12.—

Bd. 20: Peter Cramer

Der direkte internationale Preiszusammenhang.
Köln 1971, 295 S. brosch. DM 15.—

Untersuchungen und die Zeitschrift *Wirtschaftspolitische
Chronik* (3 Hefte, 35.— DM) sind zu beziehen durch jede
Buchhandlung oder durch das Institut

(5 Köln 41, Lindenburger Allee 32, Tel. 470 42 71)

ORDNUNGSPOLITIK

Geld- und Kreditpolitik sicher für das einzelne
Unternehmen unerfreulich, andererseits zuweilen
notwendiges Mittel der Stabilisierungspolitik.

Eine bedeutende private Investition hat nicht nur
Auswirkungen für das betreffende Unternehmen,
obwohl ein Teil der gesellschaftlichen Effekte
über die Kostenseite der privaten Investitions-
rechnung in das Kalkül eingeht. Die Grenze
zwischen der Wahrnehmung gesellschaftlicher Ge-
sichtspunkte, zwischen privaten und öffentlichen
Investoren hat sich ständig verschoben. Es ist
unbestritten, daß durch Gesetzgebung und Tarif-
abkommen Fragen des Arbeitsschutzes, der Ar-
beitsplatzsicherung, des Umweltschutzes stärker
in das privatwirtschaftliche (Investitions-) Kalkül
eingebracht worden sind. Andererseits sind Kom-
plexe wie Wohnraumversorgung, Berufsausbil-
dung, soziale Sicherung stärker aus dem privat-
unternehmerischen Bereich ausgeigert worden.

Konkurrierende Kalküle

Investitionen nach dem Profitmotiv oder nach ge-
sellschaftlichen Kriterien? Ich habe zu zeigen
versucht, daß hier — trotz der Abstimmungsmög-
lichkeiten durch verstärkten Informationsaus-
tausch zwischen den öffentlichen und privaten
Investoren — ein Interessengegensatz besteht.
Andererseits haben private Investitionen zum
Zwecke der Kapitalverwertung und öffentliche In-
frastrukturinvestitionen einen hohen Komplen-
tärcharakter. Erst wenn sie zusammen getätigt
werden, wird wirtschaftliche Produktion möglich.
Überdies haben öffentliche Investitionen nach
liberaler Theorie einen Ergänzungscharakter in-
sofern, als sie Bedarfsdeckung dort ermöglichen
sollen, wo profitorientierte Privatproduktion nicht
attraktiv ist.

Die Frage ist nun, welches dieser beiden — häufig
konkurrierenden — Kalküle für die Allokation des
Komplements „gesamtwirtschaftliche Investitio-
nen“ ausschlaggebend sein soll. Sicherlich wird
der zunehmende quantitative Anteil öffentlicher
Investitionen am Gesamtvolumen der Investitio-
nen den gesellschaftlichen Kriterien in Zukunft
stärkeres Gewicht verschaffen. Vieles spricht aber
heute dafür, daß öffentliche Investitionen starken
Folgecharakter haben. Das bedeutet, daß trotz
relativ steigenden Volumens das Profitmotiv in-
direkt auch Zusammensetzung und Richtung die-
ser Investitionen bestimmt. Dieser Zustand ist
nicht wünschenswert. Vielmehr geht es darum,
den gesellschaftlichen Kriterien nicht nur vollen
Spielraum bei den öffentlichen Investitionen zu
garantieren, sondern ihnen auch mit indirekten
oder direkten Mitteln zunehmendes Gewicht bei
der Ausrichtung privater Investitionsentscheidun-
gen zu verschaffen. Dies ist das Ziel der Investi-
tionslenkung.